



**PRESSEMITTEILUNG**

Nr.188/GP

19.10.2019

**Huml: Zu viele Jugendliche rauchen E-Zigaretten - Bayerns Gesundheitsministerin stellt Ergebnisse der SCHULBUS-Studie vor - Regional unterschiedliches Suchtverhalten erfordert passende Ansätze vor Ort**

Sehr viele Jugendliche in Bayern greifen zu E-Zigaretten oder E-Shishas. Dies ist ein Ergebnis der so genannten SCHULBUS-Studie zum Umgang mit Suchtmitteln, auf das **Bayerns Gesundheitsministerin Melanie Huml** am Samstag hingewiesen hat. Demnach gaben zum Beispiel rund 20 Prozent der befragten Jugendlichen an, im letzten Monat eine E-Zigarette oder E-Shisha geraucht zu haben. Huml betonte: "Es ist bedenklich, dass so viele Jugendliche Zugang zu E-Zigaretten und E-Shishas haben."

Seit 2016 dürfen weder nikotinhaltige noch nikotinfreie E-Zigaretten und E-Shishas an Kinder und Jugendliche abgegeben werden. Die Ministerin warnte: "E-Shishas und E-Zigaretten können nach Experten-Ansicht Substanzen enthalten, die Allergien auslösen und gesundheitsschädliche Substanzen enthalten. Außerdem können sie gerade für Kinder und Jugendliche ein getarnter Einstieg in die Nikotinsucht sein. Klar ist daher: E-Shishas und E-Zigaretten gehören nicht in die Hände von Kindern und Jugendlichen. Auf die Gefahren wird das bayerische Gesundheitsministerium daher Jugendliche noch stärker als bisher hinweisen."

Im Rahmen der Studie (SCHULBUS Bayern - Schüler- und Lehrerbefragungen zum Umgang mit Suchtmitteln), die zum Schuljahresbeginn 2017/2018 gestartet und vom Institut Sucht.Hamburg gGmbH durchgeführt wurde, wurden insgesamt ca. 5.700 Schülerinnen und Schüler ab der 8. Klasse in ausgewählten Schulen der Städte München und Nürnberg sowie in den Landkreisen Miltenberg, Dillingen und Weilheim-Schongau befragt. Das bayerische Gesundheitsministerium hat für die Studie 70.000 Euro zur Verfügung gestellt. Das Projekt wird gemeinschaftlich mit dem Kultusministerium geleitet.

Huml unterstrich: "Ein weiteres Ergebnis der Studie ist: Jugendliche in ländlich geprägten Regionen trinken mehr und häufiger Alkohol als Gleichaltrige in den Großstädten München und Nürnberg. Hinzu kommt, dass sie dort auch spürbar früher mit Alkohol in Berührung kommen als die Altersgenossen in den Großstädten. Ferner ist exzessiver Alkoholkonsum (sog. Binge Drinking) bei



männlichen Jugendlichen deutlich höher ausgeprägt als bei den weiblichen Befragten. Der jugendliche Umgang mit Alkohol stellt auch aus Sicht der befragten Lehrkräfte ein ernstzunehmendes Problem dar."

Die Ministerin fügte hinzu: "Ein weiteres Gesundheitsproblem, dass wir in Zukunft aktiver angehen müssen, ist der hohe Anteil an Jugendlichen, die eine problematische Internetnutzung aufweisen. In den Landkreisen waren es 11 Prozent und in den Städten 15 Prozent."

Die Ministerin betonte: "Positiv ist: Die Studie zeigt, dass es keinen Anstieg des Konsums der so genannten Neuen Psychoaktiven Substanzen (NPS) oder der Droge Crystal Meth (Meth-Amphetamin) unter Jugendlichen gibt. Unsere schnelle Reaktion auf diese sehr problematischen Drogen hat sich ausgezahlt. Allerdings ist der Cannabiskonsum unter den Jugendlichen weit verbreitet: im großstädtischen Milieu mit 15 Prozent etwas stärker als unter Altersgenossen aus den eher ländlich geprägten Regionen (12 Prozent)."

Huml erläuterte: "Der Schutz von Jugendlichen gegenüber Rauschmitteln ist ein besonders wichtiger gesundheitspolitischer Grundsatz. Daher gibt die Studie wichtige Hinweise für die Präventionsarbeit - und darauf, wo weiterer Präventionsbedarf besteht. Ein Beispiel ist der Bereich des Glücksspiels um Geld, das es oft gibt, obwohl es für Jugendliche nicht erlaubt ist."

Die Ministerin ergänzte: "Ferner zeigt die Studie, dass das Suchtverhalten von Jugendlichen regional unterschiedlich ausgeprägt ist. Anhand dieser Ergebnisse können wir die vorgehaltenen Angebote und durchgeführten Maßnahmen künftig besser am jeweils regionalspezifischen Bedarf ausrichten. Denn Suchtvorbeugung ist stets die Arbeit vor Ort."

Huml unterstrich: "Mit den Ergebnissen dieser Studie können wir den Suchtpräventions-Fachkräften sowie der Kommunalpolitik vor Ort belastbare Erkenntnisse an die Hand geben, damit sie zum Beispiel passende Unterstützungsangebote für Betroffene sowie Fortbildungsmaßnahmen für Lehrkräfte entwickeln und bereitstellen können. Außerdem prüft das bayerische Gesundheitsministerium, welche weiteren Schritte als Konsequenz landesweit sinnvoll sind."